

Antrag 71/I/2025

Jusos

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Der/Die Landtagsfraktion möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Ablehnung

Keine kostenpflichtigen Rettungseinsätze in Brandenburg!

1 Der SPD-Landesparteitag fordert
2 die SPD-Landtagsfraktion im
3 Brandenburger Landtag dazu
4 auf, sich dafür einzusetzen, dass
5 in Brandenburg keine Gebüh-
6 renbescheide für Rettungs- und
7 Notarzteinsätze mehr erhoben
8 werden.

9 Dafür fordern wir, dass gemein-
10 sam mit den Kommunen und den
11 Krankenkassen eine nachhaltige
12 Lösung gefunden wird, um stei-
13 gende Kosten zu decken.

14 Sollten andere Finanzierungs-
15 versuche scheitern, fordern wir
16 die Landtagsfraktion dazu auf,
17 die Kommunen durch Landeszu-
18 schüsse entsprechend finanziell
19 auszustatten.

20 Hierfür sollte möglichst eine ge-
21 setzliche Grundlage geschaffen
22 werden, damit langfristig Rechts-
23 sicherheit hergestellt werden
24 kann.

25 Die missbräuchliche Inanspruch-
26 nahme von Notarzteinsätzen

Lösungsfindung befindet sich
dank Moderation durch Landes-
regierung auf einem zielführen-
den Weg

27 durch ungerechtfertigte Notfälle
28 soll künftig mit einem Bußgeld
29 geahndet werden. Um klare
30 Kriterien für die Einordnung von
31 Einsätzen zu schaffen, wird eine
32 Kommission auf Landesebene
33 eingesetzt. Diese soll verbindlich
34 festlegen, welche Notfälle als
35 gerechtfertigt gelten und welche
36 nicht, um den Rettungsdienst
37 zu entlasten und Ressourcen
38 effizienter einzusetzen.

39

40 **Begründung**

41 Die Kosten für Rettungs- und Not-
42 arzteinsätze sind in den vergan-
43 genen Jahren deutlich gestiegen.
44 Gerade im ländlichen Raum, wo
45 oft größere Strecken zurückge-
46 legt werden müssen, reicht der
47 von den Krankenkassen finan-
48 zierte Festbetrag oft nicht mehr
49 aus, um kostendeckend arbeiten
50 zu können.

51 Die Landesregierung hat im März
52 gemeinsam mit besonders be-
53 troffenen Kommunen und den
54 Krankenkassen eine Übergangs-
55 lösung bis Ende Juni gefunden.

56 Danach ist die Situation bislang
57 unklar.

58 Rettungseinsätze sind kommuna-
59 le Daseinsvorsorge.

60 Wenn die Kommunen nicht zah-

61 len können, entspricht es unse-
62 rem Verständnis von Sozialstaat-
63 lichkeit, dass diese erhöhten Kos-
64 ten vom Land getragen werden.
65 Daher fordern wir die Landtags-
66 fraktion und unseren Parteivor-
67 sitzenden Dietmar Woidke ein-
68 dringlich dazu auf, ein nachhalti-
69 ges Finanzierungskonzept vorzu-
70 legen, oder konsequent Landes-
71 zuschüsse bereitzustellen.